

Volks-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 216

Nummer 269/270

Bezugspreis: monatlich Mark 6.00, mit Zustellgebühr, Schenkungen nehmen

Halle-Saale

Anzeigenpreis:

Die Spaltenbreite 34 mm, klein 20 mm, groß 25 mm. Klein 100 Hl., mittel 100 Hl., groß 100 Hl. Die 3-spaltigen 50 mm klein 100 Hl., mittel 100 Hl., groß 100 Hl. Rabatt nach Tarif, Verlagsanstalt Halle-Saale

Geschäftliche Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Central 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 6800 n. 6810. — Postfachkonto Leipzig 20512.

Mittwoch, 13. Juni 1923

Geschäftliche Berlin: Bernburger Str. 90, Fernruf Otto Kurfürst Nr. 6208. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Utecht, Halle-Saale

Auf der Suche nach Kompromissen

Die Ruhrbesetzung, das unüberwindliche Hindernis

„Waffenstillstand“

Die englischen Vorschläge

London, 12. Juni.

Die Haussammlung über das Ergebnis des englischen Kabinettsrats, der eine Stunde gedauert hat, lautet: „Der Standpunkt des englischen Kabinetts läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Die britische Regierung glaubt, daß es nicht möglich ist, als Bedingung für jede interalliierte Verhandlung die Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet zu verlangen, und daß die große Gefahr einer kommunistischen Revolution entfallen würde. Die englische Regierung prüft daher, daß es ihr erwünscht sei, jeden Druck zu vermeiden. Sie erklärt, daß nach ihrer Ansicht Verhandlungen unter den Alliierten auf der Grundlage des deutschen Memorandums stattfinden könnten, welche jedoch an, daß die in dem Memorandum enthaltenen Forderungen nicht annehmbar seien und unter dem biesigen, was Bonar Law im Januar vorgelegten habe. Das englische Kabinettsrat schlägt deshalb vor, den deutschen Plan abzuändern und Deutschland dahin zu bringen, die Forderungen des Bonar Law anzunehmen. Die britische Regierung ist davon überzeugt, daß das Deutsche Reich einem ähnlichen Vorschlag zustimmen würde. Wenn die französische Regierung der Ansicht sei, daß ihr Standpunkt aufrechterhalten werden müsse, so schlage die britische Regierung vor, eine Konferenz aller Alliierten in nächster Zukunft zusammenzurufen, die die Alliierten über die Angelegenheit der Ruhr untersuchen und sich für eine Lösung vereinbaren und die Forderungen zu bestimmen, auf die man die reparationsbedingten Deutschland aufbauen könne, um dann mit dem umfassenden Problem der europäischen Lage zu diskutieren. Falls die Sachverhalte sich ändern könnten, würde die britische Regierung es unternehmen, sich Vorstellungen bei der deutschen Regierung zu erheben, damit sie den passiven Widerstand im Ruhrgebiet ein Ende mache.“

Englische Kompromißformeln

(Eigener Drahtbericht)

London, 12. Juni.

Es ist nicht annehmbar, daß heute eine Regierungsveränderung bei den Reparations- und Ruhrfrage erfolgen wird. Der Vorschlag, der heute im Oberhaus eine Anfrage an den Außenminister für heute nachmittag die Tagesordnung bilden wird, ist die Regierung das Rechte verleiht, daß es bei dem jetzigen Stand der Dinge unmöglich sein würde, eine Interaktion in der Sache zu geben, ist die Angelegenheit auf einen anderen Tag verschoben worden. Die Frage wurde in der Kabinettsitzung von gestern abend erledigt. Die britische Regierung ist der Ansicht, daß die Lage an der Ruhr auf dem Wege zu einer Einigung ein Hindernis bedeutet, und beschließt deshalb Mittel zu dessen Überwindung. Man spricht immer wieder von einem Waffenstillstand, der eine günstigere Atmosphäre für die Verhandlungen schaffen soll. Die „Times“ weisen darauf hin, daß in Deutschland die Möglichkeit einer Art „Waffenstillstand“ mit wachsendem Interesse verfolgt werde.

In gewissen französischen Kreisen werde ein ähnlicher Vorschlag ebenfalls besprochen. Frankreich ist bisher offiziell noch nicht zu einem abgeleitenden Schritt ermutigt worden. Der Vorschlag geht, der „Times“ zufolge, dahin, daß die deutsche Regierung, ohne ihre einzige Waffe völlig aufzugeben, während der Verhandlungen die Forderungen und geheimen Anweisungen aufheben soll, die sie zur Aufrechterhaltung des passiven Widerstandes ausgesprochen habe, während Frankreich seinerseits sich zurückziehen, den normalen Arbeitsbetrieb an der Ruhr gestatten und seine Besetzung aufheben lassen soll, so wie sie ursprünglich beschlagnahmt war. Der Gedanke scheint in der Zeit eingehende Prüfung zu verdienen.

Auch „Marschall Gerdien“ erklärt, wenn eine Aussicht auf baldige Beilegung der gesamten Reparationsfrage bestünde, so könne ein Waffenstillstand unter diesen Bedingungen möglich sein. „Daily News“ meint, wenn von Frankreich die Forderung verlangt werden könnte, auf Grund deren England der deutschen Regierung zu verfallen geben könnte, daß der Weg zu Verhandlungen nach vernünftigen Möglichkeiten offen wäre, wenn Deutschland sich zur Aufgabe des passiven Widerstandes entschließen, so würde sich die Hoffnung auf eine Einigung heben. „Morning Post“ ist der Ansicht, daß es durchaus im Bereich der englischen Regierung läge, die deutsche Regierung auf die Gestalten (?) aufmerksam zu machen, die eine Politik des Widerstandes mit sich brächte, und ihr in freundlicher Weise zu raten, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um ihn zu beenden. Die „Times“ betonen, England wolle einsehen, aber bringen eine ähnliche militärische Regelung des Widerstandsproblems. Die Deutsche und Frankreich

am bringend. Wenn Frankreich wirklich so dringend eine Regelung mit wie England, Italien und Belgien und die ganze Welt, dann sollte der Weg zu einer klaren Verständigung leicht zu finden sein.

Die englisch-französischen Besprechungen

London, 12. Juni.

Weber die gestrige Beratung Curzons mit den Vorkämpfern Frankreichs, Belgiens und Italiens vermißt der Welt sehr gut unterirdische diplomatische Korrespondenz des „Daily Telegraph“ die eingehenden Darstellungen, die auch in ihrem Bestimmungsmus von den zurechtfindenden Ausführungen der meisten übrigen Blätter abweichen. Der Korrespondent schreibt, das Ergebnis dieser Besprechungen die Ruhr- und die Reparationsfrage betreffenden Schritte sei, daß die Alliierten auf eine interalliierte Vereinbarung, von einem gemeinsamen Abkommen der alliierten Regierungen gar nicht zu sprechen, ausgehen müsse noch weiter entfernt seien, als sogar von den Stellen, die sich niemals einem unangebrachten Optimismus in dieser Frage hingeben hätten, erwartet worden sei. Bonar Law's Standpunkt, der von dem französischen Vorkämpfer in London, Graf St. Maurice, gegen Curzon unterbreitet worden ist, habe alle bestehenden geringen Aussichten, daß die Alliierten Großbritanniens und Frankreichs sich miteinander verständigen könnten, zunichte gemacht. Auf britischer Seite sei man offen bestürzt gewesen über das noch nicht dagewesene Maß von Unnachgiebigkeit, und man habe diese Tatsache auch nicht verheimlicht. Der französische Vorkämpfer habe im Namen seiner Regierung nicht nur darauf bestanden, die Einstellung des passiven Widerstandes durch Deutschland zu beenden, sondern auch die englische Verhandlungen selbst unter den Alliierten sein müsse, sondern auch darauf, daß Großbritannien, wenn es sich mit Frankreich und Belgien bei der Aufforderung an die deutsche Regierung, alle darauf bezüglichen Verfügungen zurückzunehmen, mitwirken wollte, von Frankreich keinerlei Zusicherungen, Bedingungen oder Zugaben verlangen könne, mit anderen Worten, es könne keinen Ausgleich geben. Die französische Regierung würde außerdem von Berlin, abgesehen von der Zurückziehung der Verfügungen, die den passiven Widerstand ermöglichen oder befähigen, die Zurückziehung der Verfügungen fordern, die Beamten und andere Personen mit Strafe bedrohen, die dem Erfuchen der französischen Behörden um Unterbringung nachkommen sind. Solche Annahme würde für denartige Verlangen verlangt werden, wobei die Garantie, daß in Zukunft die Alliierten den Deutschen keine Mittel als auch die privaten mit den gewöhnlichen militärischen Besatzungsbehörden aufzunehmen. Die Zunahme der Sabotage- und Gewalttaten sowie der Forderung von (1) der letzten Rede des Reichs-Kanzler müßten nach Ansicht Bonar Law's herangezogen werden. Außerdem sei die französische Entscheidung über die allmähliche Räumung entsprechend den deutschen Forderungen darauf hin, daß Frankreich nicht ein Wort von seinen Ansprüchen aufgeben könne und würde, sei es mit Bezug auf seinen 20-Milliarden-Markanteil an den Bonds a und b des Zahlungsplanes von 1921 oder mit Bezug auf die Ermöglichung seines Anteiles an den Bonds C. — Dem Reichsminister zufolge habe Curzon seinerseits auf die geplanten internationale Sachverständigenkommissionen Bezug genommen, eine Bereitschaft, die unter der Aufsicht des Völkerbundes handeln könne. Graf St. Maurice sei auf diese Frage nicht eingegangen, auch nicht auf die Frage des Moratoriums für Deutschland. Dem Korrespondenten zufolge sei die vom belgischen Vorkämpfer gemachte Mitteilung (womit im Ton als ob im Hinblick etwa) erschienen. Bonar Law's erklärte, daß er in der Frage der Einstellung des deutschen passiven Widerstandes als Vorbedingung für jede Erweiterung mit Frankreich übereinstimme. Er fügte aber hinzu, daß Großbritanniens die mit seiner Stellung gegenüber dem Ruhrproblem aufzunehmenden Grundätze aufrechterhalten und sich in dieser Frage tragend Frankreich und Belgien anschließen könne, und zwar aus rein praktischen Erwägungen heraus, so angeht die Beilegung, die bereits 5 Monate dauere. Der belgische Vorkämpfer überreichte darauf die drei Memoranden, die von Curzon bei den belgischen Sachverständigen über die finanzielle Seite des Reparationsproblems vorbereitet wurden und die die deutschen Eisenbahneinkünfte, Monopole, die deutschen Industrieerträge und die deutschen Subsidien betreffen. Der belgische Vorkämpfer betonte die Hoffnung aus, daß die belgischen Vorkämpfer treuhaftiger Regierung und von den alliierten Regierungen als ernste Beiträge zur Reparationsregelung beiseite gelassen werden.

Die empfindlichen Franzosen

Paris, 10. Juni.

Auf Anweisung des Innenministers wird der Verkauf und die Verbreitung des „Madderbaais“ in ganz Frankreich verboten.

Das Wort erinnert an Erzberger und an trübste Novembertage, eine Gänsehaut überläßt einem, wenn man an den Ausgangspunkt unseres nationalen Glendes denkt. Nun erntet das omnide Wort schon wieder in Blätterwälder. Bevor sich die Alliierten und vielleicht nachher auch Deutschland an den Verhandlungstisch setzen, soll ein Waffenstillstand geschlossen werden. So weit man in England an Bonar Law's hingegen verlangt bedingungslos Kapitulation. Wenn man die Worte Waffenstillstand und Kapitulation liest, müßte man annehmen, wir befänden uns in einem regelrechten Kriegs. Dieses Traugbild wollen wir aber doch von vornherein gestirnen. Wir könnten sonst leicht in die Irre gehen.

Unter gegenwärtiger Zustand ist der brutale Ueberfall eines Beproleten mitten im Frieden. Dieser Beproleten bedient sich in der Notwehr eines Widerstandes, der durchaus unblutig ist. Von Waffenstillstand kann also gar nicht gesprochen werden. Was verlangt wird, ist das Aufheben des passiven Widerstandes und das heißt nicht weniger als Anerkennung der Tat des französischen Eindringers. Statt uns zu wehren, sollen wir die mit Gewalt erzwungene Deute eine Widerbreiten ausliefern.

Da man die deutsche Unnachgiebigkeit schon öfters kennen gelernt hat, und man weiß, daß der Zeitgeist auf solche Worte hereinfällt, werden diese sogenannten Waffenstillstandsbedingungen schmachhaft ferkert. Von gibt ja, die deutsche Regierungsveränderung der Ruhrbesetzung nicht beschließen, den Widerstand einstellen, weil sie gar keinen Einfluß auf das Volk am Rhein und Ruhr habe. Aber die deutsche Regierung könne doch die an die Eisenbahner und anderen Staatsbeamten erlassenen Berufsordnungen zurücknehmen, die den Widerstand verpflichteten. Dann würde die französische Regierung alle Urteile und Strafverordnungen zurücknehmen und es sei eine Atmosphäre zum Verhandeln geschaffen. Oder mit anderen Worten-Berichten: Man erwarte nur eine Geste des guten Willens.

Gleich ist das politische Denkhorn unter Demokraten nicht überhöhen, hoffen wir doch, daß sie diesmal auf den Appell an Deutschlands guten Willen, folge keinen Dummheit nicht herbeizulassen werden. Jedes Nachgeben im Widerstand birgt eine Anerkennung des unerhöhten Rechtsbundes der Weltgeschichte. Jeder Raft in dieser Angelegenheit ist ausgleichlos, denn mit Klauen und Wörtern macht man keine Verträge. Wir haben es nie an guten Taten fehlen lassen. Auf Friedens- und Erfüllungsgesetze ist immer und immer mit den robusten Gewaltmitteln von seinen Frankreichs geantwortet worden. Wenn jetzt von der Seite des guten Willens gesprochen wird, so liegt es weit Gott bei den Angehörigen die Seite zu machen. Aber hat man in Paris und Brüssel, man könne als Vertreterinstand sich nicht mehr so ohne weiteres von der Ruhr zurückziehen. Nun, auch wir haben nach eine Ehre, wenn auch in der internationalen Politik keine Rücksicht mehr darauf genommen wird. Und wenn Frankreich von Chergeloff spricht, dann sollte es nur sehr darauf bedacht sein, es am Rhein und an der Ruhr nicht durch Wort und Raub zu beidmehren.

Aber ganz abgesehen davon, was hätten wir erreicht, wenn wir tatsächlich diese Seite des guten Willens machen? Unsginge es doch ganz genau so, wie bei der Helendunmber 1918, als wir auf das Wort eines Willens beuten und die Waffen niederlegten. Denn nach diesem sogenannten Waffenstillstand werden sich zunächst einmal Bonar Law, Baldwin und Mussolini arrangieren und darüber werden, wieviel Deutschland bezahlen müsse. Dabei kommt, wie bekannt, eine Summe heraus, die wir nicht bezahlen können. Deutschland würde dann, ähnlich wie in Spa, Brüssel oder Gema hinzugezogen und würde mit den Ansichten der Alliierten über das Reparationsproblem bekannt gemacht. Das Ergebnis würde wieder ein Hornberger Schießen sein und Frankreich hätte wieder einen Wänder. Erst einmal eingestellt, ist an eine Wiederaufnahme des passiven Widerstandes nicht zu denken, darum darf daran jetzt unter seinen Umständen geübelt werden. Erst wenn der letzte Franzose das Ruhrgebiet verlassen hat, ist der Widerstand einzustellen.

Es ist noch nicht geklärt, ob der ernannte Premierpräsident Baldwin an Deutschland die Zustimmung stellen wird, diesen Widerstand in irgend einer Form einzustellen oder einzufrieren. Glauben können wir es nicht, denn damit würde Baldwin das Ruhrverbrechen auf heßen. Bonar Law hat sich der Beilegung gegenüber klar und deutlich absetzend verhalten und wir erwarten, daß die neue englische Regierung sich mit diesem Rechtsbruch nicht belassen wird. Er

Dollar: Nachb. 87 250 fest

Lehnen können wir der englischen Regierung ihre Standhaftigkeit in dieser Frage, wenn wir laut und klar zu erkennen geben, daß wir uns über die Aufgaben unseres Vaterlandes an der Ruhr nicht früher unterhalten, bis die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Leider waren die Ausführungen des Reichstages in Münster, in bezug auf den passiven Widerstand nicht prägnant genug. Was Cuno in seiner Rede vom 2. Mai, die die deutsche Note von gleichem Tage begleitete, sagte, muß er heute wiederholt und vorbehaltlos wiederholen. Er sagte: „Wir müssen, um eine Lösung der Reparationsfrage zu kommen, die Wiederherstellung des status quo ante in dem Eintracht und in dem allseitigen Gebiete zum Ausgangspunkt unserer Verhandlungen machen, wie dies auch von der Bevölkerung in den besetzten Gebieten gefordert wird. Zum Ausgangspunkt der Verhandlungen müssen wir wieder die Forderung machen, daß die Engländer in Freiheit gehen und den Belgier seinen Wohnsitz und seinen Beruf zurückgeben werden.“

In diesen Bedingungen kann und darf nicht gerillt werden, das ist die Heißregierung der leidenden Ruhrbevölkerung, unsere Ehre und unserer Zukunft künftig. L.

Ein Nachspiel zum Krupp-Prozess

Offen, 11. Juni.

Die Verhandlung gegen das Betriebsratsmitglied Krupp, das im Krupp-Prozess zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war und dessen Revision Erfolg hatte, ist am Mittwoch früh 8 Uhr im Landgericht zu Düsseldorf angelegt worden.

Berliner Kundgebung für Rhein, Ruhr, Saar

Berlin, 12. Juni.

Eine gewaltige Kundgebung für Rhein, Ruhr und Saar veranstalteten gestern im Waldstadion des Reichsverband der Rheinländer und Westfalen, Großhändler und Kaufleute sowie die Landmannschaft Eupen-Malmédy. Unter den Anwesenden bemerkte man den Reichsminister des Innern von Rosenfeldt, den Vorsitzenden des Reichsverbandes und der Reichsvereine des Reichsverbandes, die Kaufmann, ergriffen den Abend mit Begrüßungen. Dann sprach Reichsminister Dr. Luther, der ehemalige Oberbürgermeister von Offen, der Reichslandschaftsleiter Collmann-Klein, der aus Saarbrücken betriebene Rechtsanwalt Dillert, der Bürgermeister von Eupen, Mitter, und Reichslandschaftsleiter Schömann an Rhein, Ruhr und Saar und über die Bedeutung unserer Brüder und Schwäger. Alle Redner ließen ihre Worte ausstrahlen in dem Gedächtnis, ihnen die Töne zu fallen, wie sie auch dem deutschen Vaterlande die Treue gehalten haben und sie noch halten werden. Nachdem die brausenben Beifallsstunde geendet war, verließ man, wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

Die von den landmannschaftlichen Spielvereinen, dem Reichsverband der Rheinländer, dem Saarverein, der Landmannschaft Eupen-Malmédy und dem Reichsverband einigermassen Rheinlandschaftsleiter der Berliner Bevölkerung geleitet den Volksgenossen an Rhein, Ruhr und Saar dankerfüllt zueinander zu den größten Opfern bereitete Treue. Sie setzen sich laut und freudig zu seiner unerschütterlichen Verteidigung ein und werden die Rechte der deutschen Nation und ihren Kindern und Schwägern mit demselben Eifer und feinem Eifer, er uns gegenwärtig.

Die Eisenbahner gegen die französische Gewalt

Paris, 12. Juni.

Eine Konferenz der Funktionäre der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner aus dem besetzten Gebiet hat zu den Gewaltmaßnahmen der Besatzungsmächte gegen die Eisenbahner folgende Entschließung angenommen: Die organisierten Beamten, Eisenbahner und Arbeiter haben nach dem Stimmrecht im Ruhrgebiet den Widerstand bewußt und aus eigenem Antrieb aufgenommen gegen die Gewalt, für das Recht, für die Freiheit und die Selbstständigkeit des deutschen Volkes. An dieser Stellungnahme ändert sich die Aufforderung Frankreichs, den passiven

Widerstand aufzugeben, nichts. Trotz der allerschwersten Opfer, die die Eisenbahner zu bringen haben, sind sie nicht bereit, daß zur Erreichung der Ziele, Freiheit des deutschen Volkes und Rechte der Menschheit, der Widerstand weitergeführt werden muß. Die Folgen, die durch die Aufhebung der Ruhr zu erwarten sind, würden für das deutsche Volk untragbar sein. Von der Regierung erwarten wir die gleiche Stellungnahme.

Schreckensherrschaft in Recklinghausen

Recklinghausen, 12. Juni.

In Recklinghausen herrscht seit gestern der schreckliche Terror durch die Franzosen. Die Schiedsrichter haben kein Recht, die Franzosen zu bestrafen, weil sie die angeordnete Besatzung in der ersten Nacht nicht allzu streng durchzuführen, da die Zeit zur Bekämpfung dieser Verorragung viel zu gering sei, um eine allgemeine Bekämpfung zu ermöglichen. Alle Vorstellungen sind erfolglos. Die Franzosen sollen auf jeden Streifen gehen, der sich nach 9 Uhr auf der Straße zeigt. Ein Herr Mann, Hans Müller aus Dortmund, der in Gelsenkirchen nach Recklinghausen gekommen war, wurde gegen 11 Uhr ohne Anruf beschossen und mit schweren Verletzungen in das Krankenhaus gebracht, wo er bald nach seiner Einlieferung starb. Es wurde nicht nur die Schiedsrichter gegen die Personen auf der Straße betrogen, sondern auch auf Personen, die sich an den Fenstern zeigten.

Herrn Hüfings's Feinde

Waldenburg, 12. Juni.

Wie die Wähler meinen, nahm Herr Hüfing in den letzten Tagen zahlreiche Vorstellungen an, und zwar handelt es sich dabei hauptsächlich um Mitglieder des Landesbundes, eines nach der Waldenburger Zeitung wenig hervorgetretenen Jugendbundes. Die Veranlassung dieses Bundes wurde von der Polizei ausgehen. Weitere Beratungen folgten, und gegen Hüfing wurde ein Antrag gestellt, der doch zum Teil wieder entlassen, doch nun ihnen wurden in Haft gebracht.

Preußischer Landtag

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 12. Juni.

Vizepräsident Dr. Fries eröffnete die Sitzung 124. Mr. Die Vorlage betreffend Neugestaltung der Betriebsverhältnisse des Straßendienstes und des Wälderdienstes kam zum Ausdruck in zweiter und dritter Beratung mit der Beratung, daß Herr 10 Millionen 24 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden, zur Annahme.

Danach geht das Wort in die Beratung des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung über. Abg. Dr. Reibig (D. Wp.) im Preussischen Finanzlage wieder anzugehen, sollte die Reichsregierung die Einkommenssteuern aus dem Jahre 1924 zu dem Zweck der Bekämpfung der Inflation zu erhöhen, die von der Reichsregierung vorgeschlagen werden, so wäre es das Beste, zur Geldwahrung zurückzuführen, unter den gegenwärtigen Verhältnissen aber können wir uns nur mit den Vorarbeiten der Finanzminister in bezug auf die Ausgabe von Geld- und Vorkommnisse einverstanden erklären. Die Gemeinden können sich für ihre Finanzen aus eigener Kraft nicht aufheben, entweder muß man ihnen ein Zuschlagrecht geben oder ihnen ein Recht der Umfassung zu übertragen. Bis ein Zuschlagrecht der Gemeinden aber können wir uns nicht erörtern.

Abg. Dr. Hüfing (Dem.): Heute muß das Reich seine gesamten Einnahmen für die Länder und Gemeinden hergeben, so daß es für die Deckung seiner eigenen Ausgaben auf die Reichsrenten angewiesen ist (Wied. krit.). In der gegenwärtigen Lageverteilung liegt eine große Ungerechtigkeit, die besonders schwer zu tragen ist, wenn man sich zu überlassen, daß Länder und Gemeinden gar kein Anrecht vorzuziehen, den ungeheuren Vorkommnissen abzugeben.

Ministerpräsident Dr. Brüning weist auf den verlorenen Krieg hin, der die trübseligen Finanzverhältnisse zur Folge gehabt hat. Man hat die finanziellen Bedürfnisse zu gestillt, als ob der deutsche Einheitsstaat schon nahe wäre, die Länder sind erhalten geblieben, die Finanzverhältnisse sind aber auf den Einheitsstaat zugeschnitten, und darunter leiden die Länder. Die Länder können bei Bedarf, der im Reich besteht, über ihnen die finanzielle Grundlage gewährleisten. Man kann nicht aufrechnen zu dem alten steuerlichen Dogma, die direkten Steuern den Landesstaaten, die indirekten dem Reich zu überlassen. Ich glaube aber, daß es doch sehr gut möglich sein wird,

daß die Einkommen, und die Steuerpflichtigen den Anstand überlassen wird. Die Steuerpflichtigen dem Staat zugunsten gehalten, daran denken wir nicht, wir müssen eine Steuerreform herbeiführen, die die Leistungsfähigkeit angestrichelt ist. Der neue Steuer zu spät an, sollte sie mit entwertetem Geld, das es in der Inflationzeit der Geldwert für viele Volksteile, besonders für alle Lohn- und Gehaltsempfänger, doch zu unbedeutend schafften werden muß. Die Aufgabe der Gemeinden ist es, nicht nur durch Darlehen müssen wir helfen, sondern durch Beschaffung neuer Einnahmequellen.

Abg. Hüfing (Rechtsfortschrittler): Was Herr zur Finanzverwaltung gesagt worden ist, läßt sich fast durchgehend wiederholen. Mit dem Erbe von den abgestorbenen Lohn- und Gehaltsempfängern sollte man doch endlich aufhören. Es handelt sich dabei gar nicht um einen wirtschaftlichen Mythos, sondern die 10 Prozent sind von den Interessenten und von dem Staat in die Gehälter und Löhne einfließen.

Abg. Dr. Winterfeldt (Deutschland): Bringt Sie denken gegen die Reichsfinanzstelle Anträge.

Der Haushalt der Finanzverwaltung wird unter Mitteilung aller von den Räten beantragten Entschuldigungsverträge nach dem Entwurf des Reichsfinanzministeriums.

Deutscher Reichstag

Berlin, 12. Juni.

Die Beratung des Krupp-Prozesses geht heute fort.

Abg. Reubold (Deutschl.) ist mit dem Grundgedanken der Vorlage einverstanden, bezieht aber einige Ausnahmefälle auf die von der Kommission des Reichsfinanzministeriums angebotenen Grundbesitz, der im Vorstand des Selbstverwaltungsausschusses Organisation der Arbeiter und Arbeitgeber nicht vertreten sein sollen. Die Beiträge wären reichlich hoch eingeleitet. In den Bestimmungen über die Rentenrechte ist der soziale Gedanke übersehen worden. Der Reichstag hat für Arbeiter 10 Tage gelten. Die Renten müßten von 50 auf 80 Prozent herabgesetzt werden. Einen großen Teil der Deutschnationalen werde die Zustimmung zur Vorlage durch die Annahme jeder Herabsetzung erleichtert werden.

Abg. Malsan (Komm.) die Industrie, die den Reichstag, mußte auch die Kosten der Sozialversicherung übernehmen. Arbeiter protestieren dagegen, daß die Invalidität erst mit dem 50. Lebensjahre nach 25jähriger Tätigkeit eintreten soll, und verlangt die bis auf 40 Jahre herabgesetzt. Ebenso sei der Krupp-Prozess über die Invaliden, Pensionen und Rentenregelungen unannehmlich. Es müßte vielmehr eine einheitliche Rente geschaffen werden, um leichte Invaliden nach dem Dienstalter und von 50 Prozent mindestens bis 75 Prozent hinauf. Wir können dem Gesetz nicht zustimmen, wenn unsere Rüstung nicht angenommen werden.

Abg. Malsan (Komm.) erklärt, daß eine Sozialrenten-entziehung nicht in der Weisheit seiner Parteifreunde liege, er habe schließlich gestern als Abgeordneter eine jede Beschäftigung gelehrt.

Abg. Malsan (Komm.) protestiert gegen die Art, die Arbeiterrenten zu behandeln.

Abg. Winterfeldt (Deutschl.) die von dem Antrag der Reichsregierung und Träger der Reichsregierung (Reichsfinanzministerium, Reichsfinanzminister) handeln, wurden nach dem Reichsfinanzministerium angenommen. § 11 (Versicherungsberechnung und Befreiung von der Reichsfinanzsteuer) (Reichsfinanzminister) wurde angenommen, unter der Bedingung, daß die Reichsfinanzminister, wonach alle Mitglieder der Reichsfinanzminister die Reichsfinanzminister entsprechend gestellt werden sollen. Die in den letzten Reichsgraphen, die die Leistungen der Reichsfinanzminister, werden kommunikativen Anträge auf Erhöhung der Pension abgeschlossen.

Unter Mitteilung aller beschleunigten und kommunikativen Anträge wurden die Vorlage in der Aus- und Beschäftigung in zweiter und dritter Beratung angenommen. In der Schlussberatung erklärte Abg. Reubold (Deutschl.) die Reichsfinanzminister wurde nach der Reichsfinanzminister die Reichsfinanzminister, wonach alle Mitglieder der Reichsfinanzminister die Reichsfinanzminister entsprechend gestellt werden sollen. Die in den letzten Reichsgraphen, die die Leistungen der Reichsfinanzminister, werden kommunikativen Anträge auf Erhöhung der Pension abgeschlossen.

Zum Paradies

Roman von A. v. Lindow-Roem.

Wieder darauf kam Marie mit bestimmtem Gesicht. „Ach, liebe Opa, Otto sieht so elend aus. Vorhin bei der Ehe ist er wohl von Neumünster nach Weisbaden zu nach gegangen, und dann der Regen und die plötzliche Abkühlung und das lange Stehen in der zugeigen Wade von Paris Garten. Wenn er nur nicht krank wird.“

„Er wird ja nicht. Wennrühre dich doch nicht immer gleich.“

„Er will aber in seinem Zimmer bleiben, und das ist kein gutes Zeichen. Ich wollte mich nebenan installieren, um gleich zur Hand zu sein, wenn er etwas braucht.“ Das mochte er auch wieder nicht.

„So läst ihn in Frieden.“

„Er hat keinen Appetit.“

„Nun denn nicht.“

„Du kannst es dir wohl gar nicht vorstellen, daß man sich um sein Viehchen nicht sorgt.“

„Nein.“

Seit kam der Aufwartung beim, der von der ganzen Aufregung nichts wußte, denn er war im Klub gewesen und hatte seine Bogen im nahen Club unterworfen lassen. Alles wurde ihm getreulich vorgetragen, und er schielte nur ungeduldig mit der Hand in der Luft herum und verlangte, man solle ihn mit dem Kleinforn verkehren. Die beiden Almojen, die nicht einmal ein paar Regentropfen und Donnerlärm vertragen konnten, würden wohl morgen wieder auf dem Damm sein.

Er schien wirklich verstimmt und hatte Urkade dazu, denn im Klub waren ihm die Abendblätter zu Gesicht gekommen, welche für den Herbst einen Generalausmarsch der Bergarbeiter in Aussicht stellten. An der zusammengekrümperten Tischecke ging es trüblich nach einwärts, und schließlich noch bald nach dem Essen auf.

Der folgende Tag ließ sich trübselig an. Das gefrige Schicksal hatte der launenhaftesten sommerlichen Wärme und Trockenheit endlich ein Ende gemacht, und der Regen trommelte endlich als ob er wieder niederfallen, und trau-

melle brodselt auf der Glasinsel der Gammischen Wille, wo freudlos den Ungehörigen eingezogen seien.

So setzte große Reimarbeit in Szene, denn ein Brief der Aufwartung meldete ihre noch bevorstehende Heimkehr. Der Hausherr schloß sich in sein Zimmer ein. Auch Tina kam nicht zum Vordein, erklärte sie sei erkrankt, und man solle ihr die Wählzeiten hinausschieben. Marie aber jammerte weil ihr Mann trotz des schlechten Wetters und seines mitarbeitenden Aussehens in die Stadt gegangen war, um eine Wohnung zu suchen. Sie konnte seinen plötzlichen Entschluß, das elterliche Haus zu verlassen, gar nicht begreifen.

„Bergott! So hör doch endlich mit dem Schammer auf!“ rief Opa endlich. „Sie planen ja immer, auch zum Winter selbständig zu etablieren. Guck! Was ist aus England da, und wenn Dichs Einstellung auch noch nicht fest ist, so scheint mir das doch eine Frage der Zeit. Also ist es ganz gleich, ob ihr ein paar Wochen früher oder später umzieht.“

Das fand nun Marie herzlich, und sie stellte sich ihren Kindern zu, die in der Halle unter großem Lärm Eisenbahn spielten. So blieb jedes von den Hausgenossen gegen die Gewohnheit abgedrängt für sich. Neben kam auch nicht zu Mittag heim, sondern telephonierte, er habe noch ein paar Wohnungen in Aussicht und würde durchaus diese Angelegenheit heute erledigen.

Um vier stellte sich Albrecht ein. Er hatte sich mit Gerd und Freundlichkeit gewandert, um seine Brant in Güte zu seinen Ansehungen zu befehlen. Dieser hatte er über gelegentliche kleine Schermspiel nur gelacht, denn er trauete sich ja, später mit feiner Hand die Fäden zu ergreifen, aber hatte das noch mehr als ein Schermspiel gesehen. Da gellte sie ihm direkt den Selbstbehauptung hingeworfen und das durfte nicht mehr sein.

„Nein!“ sagte Opa. „Sie ist wirklich elend und daher in ihrem Zimmer geblieben. Dafür können Sie sich aber gleich in Postur setzen, damit ich die letzten Bineffekte an meinem Bilde mache. Nachher dürfen Sie es denn auch haben.“

Das tat er ungerne. Nun er hörte, daß Tina krank sei, geräuschlos er in Umkle und Mühsel. Schneidend sah er da und begann endlich aus tiefem Nachdenken heraus: „Ich habe vielleicht nicht immer die richtige Art, auch meine-

Brant. Sie ist komplizierter, als ich anfänglich meinte. Ich weiß nicht recht - soll ich sie gewähren lassen oder ihr einwilligen entgegenzutreten?“

„Sie haben ja gesehen, wie Ihr entschlossenes Auftreten getrieben ablaufen ist,“ witzelte sie. „Frauen, die selbst kein Willensbewußtsein kennen, haben meist kein Verständnis dafür. Wollen wir verächtliche Schwätzchen sein. Aber das ist ja auch eines Netzes, was die meisten Männer lieben.“

„Um!“ - Albrecht schwie wieder, bemerkte er nach langer Pause: „Eigentlich haben Sie so recht das Zeug zum guten Kameraden. Ich begreife nicht, daß man Sie noch nicht geheiratet hat.“

„Ich erlaube nicht. Ich hab's doch nicht nötig, daß man mich heiratet. Gehst du hin ein guter Kamerad, aber doch eben nur, weil ich sie liebe, nicht hin und her warte und weiß, was ich will. Frauenzimmer meiner Art eignen sich höchst für die Ehe. Ich würde mich höchstens bedenken, wenn da jemand käme und sich als meinen Herrn und Meister aufspielen wollte.“

„Also ist der Mann unter allen Umständen sogar der Vereingestaltene.“ kitzelte er.

„Weide Teile.“ enthielt sie im Bräutigam der Ueberzeugung. „Und jetzt kommen Sie mal her und sehen Sie sich.“

„Ich bin trübselig.“ Sie warf den Blick in den Tintenpinnakel, sprang auf und besah sie. Dieser Blick ertrug sich und war nun selbst trübselig. Dieser Blick war es ihm immer vergeblich einen Blick auf das Bild zu werfen. Seine Biegelerei, um Ausstellungen nach der ersten Aufregung waren ihr noch lebhaft im Gedächtnis. Er stand jetzt überrollt und betroffen dar, beschämt genügt Verstandnis um zu sehen, daß dies eine eminent flotte, durchaus reize Arbeit sei, kein höchstbesitzes Glimmer, wie er es fast erwartet hatte. Betroffen aber er über die Auffassung.

„Sehe ich denn so bodenlos und selbstbewußt aus?“ fragte er endlich.

„Na ob! Das ist in eben das Charakteristische an Ihnen, dies Unvermögen Selbstkritik.“

„Mein Himmel! Was für ein unliebenswürdiges Trotton muß ich in Ihren Augen sein!“ brach er lachend los. (Fortsetzung folgt.)

